

Der Wahlerfolg der LINKEN eröffnet eine Perspektive für Rot-Rot-Grün

1. Ein Erfolg für die Münchner LINKE

Die Partei DIE LINKE hat in München mit durchschnittlich 6,7 % der Zweitstimmen ein beachtliches Ergebnis erreicht. Nur die Optimisten in der Partei hatten ein solches Ergebnis erwartet. Es fällt auch relativ gleichmäßig aus. Von 6,6 % im Osten, 6,7 % in Mitte-West bis 6,8 % bzw. 6,9 % in München- Nord und München-Süd, Das zeigt, dass eine auf diesem Niveau vergleichbare politische Verankerung stattgefunden hat. Auch die Erststimmenergebnisse sind trotz der hohen Erststimmenüberhangs der CSU- und SPD-Kandidaten relativ hoch und liegen in allen Wahlkreisen über der 5%-Marke. Es markiert einen bemerkenswerten Erfolg, dass die Münchner LINKE jetzt mit Nicole Gohlke eine Abgeordnete im Bundestag hat, und Nicole Fritsche als erste Nachrückerin auf der Landesliste gewählt wurde.

Der Wahlkampf hat auch ein hohes Engagement aller Beteiligten und eine relativ hohes Niveau der politischen Geschlossenheit der Kandidatinnen und Kandidaten einerseits und der Ortsverbände andererseits gezeigt. Die Münchner LINKE hat sich in diesem Wahlkampf als eine solidarisch handelnde Organisation beweisen. Dafür dankt der Kreisvorstand allen Beteiligten, den wahlkämpfenden Mitgliedern und den politischen Sympathisanten, die den Wahlkampf unterstützt hatten. Wir können nach dem Wahltag zahlreiche Neueintritte registrieren. Dieser Erfolg hat unsere Bindungskraft erhöht.

2. Es gibt eine Chance für eine politische Polarisierung

Die Resultate dieser Wahl sind klar: Es gibt eine Mehrheit für CDU/CSU und die FDP. SPD, DIE LINKE und die GRÜNEN sind parlamentarische und politische Opposition geworden. Insgesamt ist diese Klärung unter dem Strich politisch positiv. Eine Fortsetzung der schwarz-roten Koalition hätte die politische, d.h. parlamentarische und außerparlamentarische Opposition eher geschwächt, weil große Teile der Gewerkschaften nach wie vor Rücksicht auf eine SPD in der Regierung genommen hätten. Jetzt eröffnet sich die Chance auf ein in den mittleren Tendenz gemeinsames politisches Handeln der Oppositionsparteien, auch wenn SPD und GRÜNE in der kurzen Frist durch eine enorme politische Zerrissenheit gekennzeichnet sind, was sich aktuell in den Koalitionsverhandlungen in Thüringen und Saarland zeigt.

Ein schwarz-gelbes Bündnis darf nicht dämonisiert werden. Die FDP ist in erster Linie eine Klientelpartei für Freiberufliche, die höheren Stände des Beamtentums und hoch bezahlte Gruppen von abhängig Beschäftigten. Hinter ihr sammeln sich aktuell die Positionen ständischer Vorurteile, Privilegien und besitzegoistischer Interessen, die für die enormen Kosten der Banken- und Finanzmarktkrise nicht eintreten wollen. Die FDP repräsentiert in geradezu idealtypischer Weise die Gruppen der Gesellschaft, die sich einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht stellen wollen. Wir dürfen den Erfolg der FDP aber nicht nur als Votum materiell gesättigten Wählergruppen verstehen. Die Hälfte der FDP-Wähler bewertet die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse als „eher ungerecht, (infratest dimap). Dahinter steht die Sicht eines Kleinbürgertums, das in der Krise zunehmend unter Druck gerät. Daraus kann sich, wenn die Wahlhoffnungen betrogen werden – und das werden sie – relativ rasch eine Radikalisierung nach ganz rechts

entwickeln. Darüber hinaus werden große Teile der Unternehmerverbände die neue Rolle der FDP zu nutzen versuchen, um die Unionsparteien zu einer Politik des Abbaus sozialer Leistungen und der Schwächung von Arbeitnehmerrechten zu drängen. Diese Tendenz wird mit der Fortdauer der Wirtschaftskrise weiter zunehmen. Wir müssen im Laufe des Jahres 2010 sowohl mit einem deutlichen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit rechnen, zugleich wird sich die tendenziell stagnative Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verfestigen. Diese Entwicklung wird die marktradikalen Kräfte in Unionsparteien und FDP ermutigen, für einen weiteren Systemwechsel der Gesellschaft und eine verstärkte soziale Demontage einzutreten. Auch energiepolitisch ist heute schon abzusehen, dass die eingeleitete Wende in der Energiepolitik zurückgedreht wird, die Laufzeiten für Atomkraftwerke sollen verlängert und die Förderung regenerativer Energien eingeschränkt werden.

3. Die SPD ist massiv ernüchtert, hat aber noch nichts begriffen

Die SPD hat zwar lernen müssen, dass sie das Vertrauen großer Gruppen ihrer Stammwählerschaft verloren hat, aber sie versteht diesen Prozess nicht als Resultat einer objektiv falschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, sondern als Problem mangelnder Kommunikation. Die Agenda 2010 sei im Kern unvermeidlich gewesen, sie sei den davon Betroffenen aber nur unzureichend erklärt worden, lautet die gängige Parole. Eine solche Haltung unterschätzt nicht nur die Wahrnehmungsfähigkeit der anhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen, sondern sie verharmlost in geradezu grotesker Weise die sozialen Zerstörungen und enormen Einkommensungleichheiten, die durch die Politik von Rot-Grün verursacht worden sind. Die SPD hat die großen, „systemischen“ Fehlentscheidungen der rot-grünen Ära bis heute noch nicht einmal intellektuell verstanden: die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente und die Einführung kapitalgedeckter Zusatzrenten, den Umbau und die Auflösung der „Deutschland AG“ durch die Steuerfreiheit von Beteiligungsveräußerungen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2000, die systematische Förderung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds, die Förderung der Verbriefung von Wertpapieren. Diese Maßnahmen haben in der Summe einmal das System des „Rheinischen Kapitalismus“ zerstört und die deutsche Wirtschaft eng an die Labilität und Krisen der internationalen Finanzmärkte angekoppelt. Zum zweiten haben die sog. Arbeitsmarktreformen nicht nur zu einem massiven Lohndruck auf die Beschäftigten geführt, sondern zugleich eine einzigartige Entwertung der arbeitslos gewordenen Arbeitskräfte eingeleitet. Damit hat die SPD nicht nur die Arbeitlosen gedemütigt und in soziale Verelendungsprozesse gedrängt, sie hat auch bei den noch Beschäftigten eine geradezu panische Angst vor dem sozialen Abstieg in Hartz IV erzeugt. Diese Politik hat die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung ab 2000 enorm vergrößert und beschleunigt und damit die inländische Nachfrage entscheidend geschwächt. Auch hat die dadurch zusätzlich verstärkte aggressive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft sowohl die internationalen, wie die innereuropäischen Ungleichgewichte im Außenhandel anschwellen lassen und gefährden darüber die europäische Währungsunion. Für die GRÜNEN, die ebenfalls die politische Verantwortung für diese politisch-ökonomischen Fehlentscheidungen tragen, führt das nicht zu einer politischen Schwächung, weil ihre Wählerklientel durch diese Prozesse des sozialen Abstiegs nicht betroffen und auch kaum bedroht wird.

4. Die LINKE ist gefordert, politisch wie organisatorisch

Positiv an dem einzigartig schlechten Wahlergebnis ist allerdings, dass es die SPD zu einer personellen, möglicherweise auch politischen Erneuerung zwingt. Die Ernsthaftigkeit und Reichweite eines solchen Prozesses wird aber auch davon abhängen, inwieweit es der

Partei DIE LINKE und im weiteren Fortgang anderen sozialen Bewegungen, darunter auch den Gewerkschaften gelingt, die SPD in ihren notwendigen Lernprozessen unter Druck zu setzen. Diese Aufgabe fordert von uns, dass wir unsere Analysen des gegenwärtigen Zustands des deutschen Gesellschaftssystems präzisieren und unser politisch-ökonomisches Konzept gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise weiter fortentwickeln. Sie erfordert aber auch, dass mögliche Berührungspunkte vor der SPD abgebaut werden. Unsere politische Kultur ist so stabil, dass wir von einem sozialdemokratischen Virus nicht infiziert werden können. Das Scheitern des „Dritten Weges“ einer „neuen“ Sozialdemokratie ist durch dieses Wahlergebnis eindeutig dokumentiert – das zeigt auch ein Blick nach Großbritannien.

Dabei muss die politische Handlungsfähigkeit der LINKEN erhöht werden. Das gilt insbesondere für Südbayern, aber auch für München. Im Süden Bayerns, insbesondere im südlichen Oberbayern hat unsere Partei einmal ausgesprochen schwierige politische Rahmenbedingungen, aber auch eine schwache organisatorische Verankerung. Wir stehen also vor großen politischen Kraftanstrengungen. Sie werden erleichtert, weil wir jetzt in München eine Abgeordnete, in Bayern statt 3 aktuell 6 Abgeordnete haben werden. Für den Erfolgsprozess der LINKEN auf Bundesebene, also die 10%-Schwelle deutlich zu übersteigen, haben die GRÜNEN mehr als zwei Jahrzehnte benötigt.